

Meine Wahlstation am anderen Ende der Welt – Tätigkeit bei einer zwischenstaatlichen Umweltorganisation im Südpazifik

Anne Gerber

djb-Mitglied, Juristische Beraterin der Regionalplanungsbehörde beim Regionalverband Ruhr, Essen

Im Rahmen des juristischen Vorbereitungsdienstes bietet die Wahlstation die perfekte Gelegenheit, sich vor dem Start in das Berufsleben ein letztes Mal auszuprobieren und sich etwas (oder auch etwas mehr) aus der eigenen Komfortzone zu bewegen. Ich suchte nicht nur die sprachlich-fachliche Herausforderung, sondern auch den gesellschaftlich-kulturellen Gegensatz – und die geografische Entfernung. Doch wo findet man den*die richtige*n Ansprechpartner*in und wie stellt man aus der Ferne Kontakt her?

Schon während meines Schwerpunktstudiums hielt ich immer wieder die Augen offen nach potentiellen Stellen und Kontaktmöglichkeiten. Da ich bevorzugt bei einer Behörde oder behördenähnlichen Einrichtung und weniger in einer Kanzlei oder in einem Unternehmen tätig werden wollte, landete ich während meiner Online-Abfragen fast ausschließlich bei Erfahrungsberichten zu Stationen bei Einrichtungen der Europäischen Union, beim Auswärtigen Amt oder bei den Industrie- und Handelskammern. Doch Bewerbungen dort laufen in der Regel über zentralisierte Registrierungsseiten und aufwendige Auswahlprozesse. Ich hoffte auf eine etwas individuellere, persönlichere und unbürokratischere Lösung. Schließlich brachten mich die Recherchen zu meiner Seminararbeit über grenzüberschreitende Abfallverbringung auf eine internationale Website mit verschiedenen „Country Contacts“ – E-Mail-Adressen und Namen der zuständigen Mitarbeiter*innen bei zahlreichen Behörden auf der ganzen Welt, die das Basler Übereinkommen in ihren jeweiligen Regionen umsetzen. Ich schrieb auf gut Glück einige Institutionen an und kam in den Austausch mit dem Legal Advisor einer zwischenstaatlich agierenden Umweltorganisation in Apia, der Hauptstadt Samoas.

Mit seiner Zusage und der formellen Zuweisung zum „Secretariat of the Pacific Regional Environmental Programme“ in der Tasche buchte ich meine Flüge und fragte bei einer Unterkunft nach Ermäßigungen für einen Langzeitaufenthalt an. Die günstigste Option war die Unterbringung in einem sogenannten „Fale“ – einer runden Holzhütte ohne Wände, nur mit

einer Matratze unter einem Moskitonetz ausgestattet. Genau die Abwechslung, die ich mir erhofft hatte.

Im Südpazifik tauschte ich nicht nur Kanzleiluft gegen Zyklonwarnungen und Ankle Boots gegen Flipflops, sondern erfuhr vielmehr, welche geografischen und strukturellen Schwierigkeiten bei der Implementierung von international vereinbarten Abkommen in Inselstaaten wie Tonga, Palau und Kiribati zu meistern sind. Meine Hauptaufgabe bestand in der Überarbeitung der sog. „Pacific Island Country Environmental Legislative Reviews“, die mir vertiefte Einblicke in die nationale Gesetzge-

Im Südpazifik tauschte ich nicht nur Kanzleiluft gegen Zyklonwarnungen und Ankle Boots gegen Flipflops, sondern erfuhr vielmehr, welche geografischen und strukturellen Schwierigkeiten bei der Implementierung von international vereinbarten Abkommen in Inselstaaten wie Tonga, Palau und Kiribati zu meistern sind.

bung von vierzehn Inselstaaten zu umweltbezogenen Themen wie Klimawandel, Kreislaufwirtschaft und Biodiversität gewährte. Ich arbeitete mich in laufende Projekte zum Klimawandel ein und beschäftigte mich mit lokalen Besonderheiten beim Abfallmanagement und bei der Abfallverbringung. Mich forderte und bereicherte zudem der Austausch in dem internationalen Team: Meine Kolleg*innen waren zum Großteil Einheimische oder kamen aus den USA, aus Australien und Neuseeland sowie vereinzelt aus Europa und Südafrika.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass es unerlässlicher denn je ist, global zu denken und zu handeln, wenn es um Umwelt- und Klimaschutzpolitik sowie die umweltrechtliche Gesetzgebung und -anwendung geht. Trotz der Herausforderungen der anhaltenden, weltweiten COVID-19-Pandemie wünsche ich jeder Jurastudentin, Referendarin und Juristin einen (momentan zumindest digitalen) offenen Austausch mit Akteur*innen aus anderen Rechtssystemen und den steten Blick über den Tellerrand.